

ZUGANG ZU WOHNRAUM

TOOLKIT FOR EQUALITY STÄDTISCHE POLITIK GEGEN RASSISMUS

European
Coalition
of Cities



against Racism



International Coalition
of Inclusive and
Sustainable Cities – ICCAR



Co-funded by
the European Union

Warum ist es
notwendig?

Vorbereiten

Umsetzen

Dranbleiben

TOOLKIT FOR EQUALITY

STÄDTISCHE POLITIK GEGEN RASSISMUS

ZUGANG ZU WOHNRAUM

DIE STADT WIRD AKTIV IN IHREN FUNKTIONEN ALS

- Demokratische Institution
- **Regelungsinstanz**
- **Arbeitgeberin**
- **Dienstleisterin**
- **Vertragspartnerin**

ECCAR 10 PUNKTE AKTIONSPLAN

- 1. Verstärkte Wachsamkeit gegenüber Rassismus**
2. Bewertung der örtlichen Situation und der kommunalen Maßnahmen
3. Bessere Unterstützung für die Opfer von Rassismus und Diskriminierung
4. Bessere Beteiligungs- und Informationsmöglichkeiten für die Bürger/innen
5. Die Stadt als aktive Förderin gleicher Chancen
- 6. Die Stadt als Arbeitgeberin und Dienstleisterin**
- 7. Chancengleichheit auf dem Wohnungsmarkt**
8. Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung durch Bildung und Erziehung
9. Förderung der kulturellen Vielfalt
10. Rassistische Gewalttaten und Konfliktmanagement

Das Projekt wurde vom ETC Graz koordiniert und mit den folgenden Partner/innen umgesetzt
Stockholm University – SU (Schweden)
University of Padova - Human Rights Centre - HRC Padova (Italien)
Centre for European Constitutional Law – CECL (Griechenland)
Otherness Foundation - NEKI (Ungarn)
Cidalia (Spanien)
European Coalition of Cities against Racism (ECCAR e.V.)
UNESCO als Mitglied von ICCAR

Herausgeber/innen: Isabella Meier, Ingrid Nicoletti, Klaus Starl, Paul Lappalainen

Veröffentlichung 2.0 Februar 2017, Graz – Stockholm - Potsdam

Das Toolkit for Equality wurde mit Hilfe der Europäischen Kommission, UNESCO, der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus (ECCAR), Open Society Foundation - At Home in Europe, ETC Graz und den Städten Bern, Bologna, Esch-sur-Alzette, Gent, Graz, Potsdam, Rotterdam, Wien und Zürich umgesetzt.

Diese Publikation wurde mit finanzieller Unterstützung des Rights, Equality and Citizenship (REC) Programme der Europäischen Union (ADPOLIS JUST/2014/RDIS/AG/DISC/8084) erstellt. Der Inhalt dieser Publikation liegt in der alleinigen Verantwortung des ETC Graz und seiner Partner/innen und spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Europäischen Kommission wider.

EINLEITUNG

Das Toolkit for Equality ist ein Handbuch für Städte zur Umsetzung kommunaler Politiken, die Rassismus und rassistischer Diskriminierung erfolgreich entgegenwirken. Das Toolkit bietet erfahrungsbasierte Schritt-für-Schritt Anleitungen zu konkreten Politiken, die die Umsetzung von der Planung bis hin zur Evaluierung unterstützen sollen. Der gesamte Inhalt beruht auf ausführlichen Interviews mit erfahrenen Verwaltungsmitarbeiter/innen, Politiker/innen, zivilgesellschaftlichen Akteur/innen und Vertreter/innen der Zielgruppen in einer Vielzahl Europäischer Städte.

Unser Ziel war es, möglichst konkrete Anregungen und praxisrelevante Ratschläge zu geben. Wir laden Sie ein, das Toolkit als gesammelte Erfahrung Ihrer Kolleg/innen aus anderen Städten zu lesen und daraus zu verwenden, was Ihnen für Ihre Stadt hilfreich erscheint.

Das Toolkit wäre nicht möglich gewesen ohne die Unterstützung von Städten und der Erfahrung ihren Mitarbeiter/innen, die ihr Wissen und ihre Zeit mit uns geteilt haben. ECCAR und die Herausgeber/innen danken den teilnehmenden Städten sehr herzlich für ihre Beiträge und für ihre Gastfreundschaft, insbesondere:

Agia Varvara (Griechenland)	Madrid (Spanien)
Athen (Griechenland)	Malmö (Schweden)
Barcelona (Spanien)	Nantes (Frankreich)
Berlin (Deutschland)	Pécs (Ungarn)
Bern (Schweiz)	Potsdam (Deutschland)
Bilbao (Spanien)	Rotterdam (Niederlande)
Bologna (Italien)	Santa Cruz (Spanien)
Botkyrka (Schweden)	Sevilla (Spanien)
Budapest (Ungarn)	Toulouse (Frankreich)
Castilla-La Mancha (Spanien)	Turin (Italien)
Esch-sur-Alzette (Luxembourg)	Valencia (Spanien)
Gent (Belgien)	Wien (Österreich)
Graz (Österreich)	Zürich (Schweiz)

ZUGANG ZU WOHNRAUM

WARUM IST ES NOTWENDIG? 10

VORBEREITEN 12

→ NOTUNTERKÜNFTE	12
SCHRITT Die relevanten Akteur/innen zusammenbringen	12
KONZEPTENTWICKLUNG	12
SCHRITT Legen Sie die Ziele und Zielgruppen fest	12
SCHRITT Definieren Sie die Nutzungsbedingungen	12
SCHRITT Bauen Sie auf bestehenden Unterkünften auf und erweitern Sie diese	13
→ ZUGANG ZU WOHNRAUM	14
SCHRITT Bereiten Sie eine Studie zum Nachweis von Diskriminierung vor	14
SCHRITT Wählen Sie die Methode der Studie	15
SCHRITT Veröffentlichen Sie die Ergebnisse	16
SCHRITT Den Wohnungssektor einbinden	17
SCHRITT Informieren Sie über Diskriminierung	18
SCHRITT Organisieren Sie eine erste Konferenz zum gegenseitigen Austausch	19
SCHRITT Richten Sie einen Runden Tisch ein	19
SCHRITT Besprechen Sie mögliche Maßnahmen gegen Diskriminierung im Wohnungssektor	20
SCHRITT Erschaffen Sie ein Qualitätssiegel für „diskriminierungsfreie Wohnungsvermittlung“	20
→ NICHTDISKRIMINIERUNGS-GESETZE ZU WOHNEN	22
→ UNTERSTÜTZUNG FÜR DISKRIMINIERUNGS-OPFER	22
→ GEWÄHRLEISTUNG GRUNDLEGENDER INFRASTRUKTUR UND MASSNAHMEN GEGEN SEGREGATION	23

PLANUNG UND EINBINDUNG DER RELEVANTEN AKTEUR/INNEN	24
SCHRITT Bringen Sie die relevanten Akteur/innen zusammen	24
SCHRITT Führen Sie eine Bedarfserhebung durch	25
SCHRITT Bilden Sie eine Leitungsgruppe	25
KONZEPTENTWICKLUNG	27
SCHRITT Definieren Sie Ziele und konkrete Maßnahmen	27
KONZEPT	28
<hr/>	
UMSETZEN	31
<hr/>	
SCHRITT Richten Sie ein Büro vor Ort ein	31
TÄGLICHE ARBEIT	31
SCHRITT Kommunikation und Koordination	32
SCHRITT Beständiger Austausch mit der Zielgruppe sowie den Partner/innen	32
<hr/>	
DRANBLEIBEN	34
<hr/>	
SCHLÜSSEL ZUM ERFOLG	34
WIRKUNG UND ERGEBNIS	35
RESSOURCEN UND BEISPIELE	36

ZUGANG ZU WOHNRAUM

Das Kapitel zum Zugang zu Wohnen behandelt verschiedene Aspekte, die mit dem Recht auf angemessenes Wohnen in Verbindung stehen, wie die Verfügbarkeit, Zugänglichkeit und die Annehmbarkeit von Wohnraum.

Das Kapitel bespricht zu Beginn, wie Notunterkünfte für neu angekommene Migrant/innen zur Verfügung gestellt werden können. In einem zweiten Abschnitt geht es um die Zugänglichkeit von Wohnraum, mit Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung und strategischen Partnerschaften gegen Diskriminierung am Wohnungsmarkt. Abschließend werden zum Thema Annehmbarkeit von Wohnraum die Erfahrungen verschiedener Städte zu grundlegenden Infrastrukturmaßnahmen und sozialer Inklusion ausgegrenzter Stadtteile angesprochen.

Das Internationale Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (ICERD) definiert als **„rassische Diskriminierung“** **„jede auf Rasse, Hautfarbe, Abstammung oder nationale oder ethnische Herkunft gründende Unterscheidung, Ausschließung, Beschränkung oder Bevorzugung (...)“**.

„*Unterscheidung*“ bedeutet, eine Person auf Basis von Hautfarbe, Abstammung, Geburt, Religion oder Sprache (verbunden mit biologistischen und kulturellen Zuschreibungen) als „anders“ zu definieren und damit ungleiche Rechtsansprüche auf struktureller Ebene zu rechtfertigen. Das Gegenteil von Unterscheidung ist „Gleichstellung“. „Gleichstellung“ ist sowohl als Status als auch Prozess zu verstehen.

„*Ausschließung/Exklusion*“ heißt, jemandem den Zugang zu und Genuss von Menschenrechten zu verwehren. Die Europäische Union hat den von der ILO verwendeten Begriff der „sozialen Ausgrenzung“ übernommen, die Definition aber noch erweitert: soziale Ausgrenzung findet immer dann statt, wenn Personen aufgrund der „*Verwehrung der bürgerlichen, politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Rechte*“ an der Gesellschaft nicht vollwertig teilhaben und betragen können. Ausgrenzung wird auf eine „*Kombination an miteinander verbundenen Problemen, wie zum Beispiel Arbeitslosigkeit, geringer Qualifikation, niedriger Entlohnung, unzureichender Wohnbedingungen, schlechter Gesundheit und Auseinanderbrechen von Familien*“ zurückgeführt. Gesellschaftliche Teilhabe ist sowohl eine Voraussetzung für Menschenrechte als auch eines ihrer wesentlichen Ziele. Das Gegenteil von Ausgrenzung ist „Inklusion“.

„*Beschränkung*“ meint eine Einschränkung des vollen Genusses der Menschenrechte in der Praxis. Das Gegenteil bedeutet, „Chancengleichheit“ vorzufinden.

„*Bevorzugung*“ privilegiert eine Person gegenüber einer anderen aufgrund ihrer Hautfarbe, (ethnischen) Herkunft, Geburt, Religion oder Sprache. Im Gegenzug wird die andere Person gegenüber der ersten benachteiligt. Das positive Gegenstück dazu ist „Gleichbehandlung“.

Eine erfolgreiche Politik gegen rassistisch motivierte Diskriminierung muss daher zum positiven Gegenteil dieser vier Diskriminierungsdimensionen beitragen: **Diskriminierung entgegenzuwirken bedeutet, Gleichstellung, Inklusion, Chancengleichheit und Gleichbehandlung zu stärken.**

→ Maßnahmen der WOHNUNGSPOLITIK wirken gegen Diskriminierung, indem sie **Gleichstellung, Inklusion, Chancengleichheit** und **Gleichbehandlung** stärken, um **Diskriminierung** im Genuss der Menschenrechte zu **verhindern** und zu **beseitigen**.

KONTEXTINFORMATION

Das folgende Kapitel beruht auf Interviews mit Initiator/innen, städtischen Mitarbeiter/innen, Politiker/innen, Nutzer/innen, NGO-Vertreter/innen, Lehrer/innen etc. in Gent (Belgien), Turin (Italien) und Pécs (Ungarn). Das Kapitel wurde mit Information aus Madrid (Spanien), Villeurbanne (Frankreich) und Graz (Österreich) ergänzt.

WARUM IST ES NOTWENDIG?

Ein umfassendes Programm, das nicht nur auf die Verfügbarkeit von Wohnraum sondern auf die Inklusion aller Stadtbewohner/innen ausgerichtet ist, wird aus den folgenden Gründen empfohlen:

- Wohnen ist ein Grundbedürfnis und das Recht auf angemessenes Wohnen ein Menschenrecht (Art. 11 des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, Art. 31 der Europäischen Sozialcharta)
- Fehlende Integration aufgrund des Mangels an angemessenem Wohnraum ist ein potenzielles Risiko für die Sicherheit in der Stadt
- Notunterkünfte für Migrant/innen zur Verfügung zu stellen ist eine wichtige Maßnahme aber nicht ausreichend für eine nachhaltige Integration der Gesellschaft, die eine Annäherung von neu Zugezogenen und ansässiger Bevölkerung und gesellschaftliche Partizipation schafft
- Politische Ansätze zur Inklusion beabsichtigen, ein Gefühl der Zugehörigkeit der Stadtbewohner/innen zu ihrem Wohnviertel zu schaffen. Sie stellen Möglichkeiten der Identifikation für alle Bewohner/innen zur Verfügung (nicht nur für Privilegierte, die die Macht haben, den „Charakter“ eines Stadtteils zu bestimmen)

Wo liegt der Vorteil für die Stadt?

- Ein wesentliches Grundbedürfnis aller Menschen abzudecken: eine Unterkunft zu haben, gleiche Chancen im Zugang zu Wohnraum vorzufinden, und in einer Wohnung zu leben, die eine gute Gesundheit und Teilhabe an der Gesellschaft erlaubt
- Folgekosten zu vermeiden, die aus der sozialen Ausgrenzung eines Stadtteils oder Bevölkerungsgruppen entstehen
- Prävention und Verringerung sozialer Konflikte
- Verbesserte Lebensbedingungen für Bewohner/innen
- Segregation von Stadtteilen entgegenzuwirken und marginalisierter Gebiete wieder einzubinden
- Reduktion von Gesundheitsrisiken durch schlechte Wohnverhältnisse und niedrige sanitäre Standards
- Selbsterhaltungsfähigkeit der Bewohner/innen zu erhöhen (im Zugang zu Bildung, Arbeit und hinsichtlich des Aufbringens der Wohnkosten)
- Eine rege und initiative Stadtgesellschaft
- Neue Investitionen in der Stadt bzw. dem Stadtteil anzuziehen
- Verbesserte Kommunikation zwischen der Stadtverwaltung, NGOs und Stadtbewohner/innen
- Zugehörigkeitsgefühl zu einem Ort beugt Vandalismus vor

EINSCHRÄNKUNGEN

Wohnungs- und Stadtteilpolitik allein kann das übergeordnete Problem von Armut nicht lösen (z.B. werden Bewohner/innen ohne Einkommen nicht in der Lage, Miete und Stromkosten der Wohnung ihrer Wahl zu zahlen). Stadtverwaltungen berichten, dass Bewohner/innen aus stark marginalisierten Stadtteilen, die in Armut und Ausgrenzung aufwuchsen, mitunter Schwierigkeiten haben, Ausbildungs- und Arbeitsangebote der Stadt zu nutzen. Eine Stadt, die Berufsausbildungen in ein Renovierungsprojekt desolater Wohngebäude integrierte (für Maurer, Maler etc.), machte die Erfahrung, dass die Teilnehmer/innen nicht mit den erwarteten Arbeitsroutinen vertraut waren (Einhalten der Arbeitszeiten, Erlernen von Techniken über verschiedene Arbeitsschritte etc.). Die Stadt empfiehlt daher, sich im Vorhinein gut zu erkundigen, welche Voraussetzungen eine Zielgruppe mitbringt, und Maßnahmen zur infrastrukturellen Entwicklung immer mit Sozialarbeit zu verbinden.

VORBEREITEN

→ NOTUNTERKÜNFTE

Der erste Teil dieses Kapitels behandelt Notunterkünfte im Sinne vorübergehender Bleiben für obdachlose Personen oder Personen, die gefährdet sind, obdachlos zu werden. In diesem Kapitel werden insbesondere Notunterkünfte für neu-ankommende Migrant/innen vorgeschlagen, um die kritische Zeitspanne unmittelbar nach Ankunft in der Stadt zu überrücken. Personen, die noch keine Wohnung gefunden haben und über keine familiären Netzwerke verfügen, bei denen sie vorübergehend unterkommen können, sollen hier ein Dach über dem Kopf finden, bis sie in der Lage sind, sich selbst mit Wohnraum zu versorgen. Die Situation der Neuankommenden ist aufgrund von Sprachbarrieren, fehlendem Wissen über städtische Einrichtungen und die Funktionsweise des lokalen Wohnungsmarktes besonders kritisch.

1

SCHRITT Bringen Sie die relevanten Akteur/innen zusammen

Wichtige Stakeholder sind das Stadtparlament, Sozialarbeiter/innen, zivilgesellschaftliche Organisationen und NGOs, die bereits Erfahrung in der Bereitstellung von Notunterkünften haben, sowie interkulturelle- bzw. Sozialmediator/innen. Es wird empfohlen, alle von dem Thema betroffenen städtische Abteilungen einzubinden, wie die Abteilungen für Wohnen, Soziales, Arbeit, Bildung und Kultur.

KONZEPTENTWICKLUNG

2

SCHRITT Legen Sie die Ziele und Zielgruppen fest

Die Zielgruppe sind allgemein obdachlose Personen oder Personen, die gefährdet sind, obdachlos zu werden. Besprechen Sie mit erfahrenen zivilgesellschaftlichen Akteur/innen die Vor- und Nachteile von getrennten oder gemischten Unterkünften für spezielle Gruppen (z.B. Frauen, Minderjährige). Stellen Sie sicher, dass Familien gemeinsam untergebracht werden können.

3

SCHRITT Definieren Sie die Nutzungsbedingungen

Klären Sie Fragen wie: Gibt es eine maximale Anzahl an Nächtigungen? Kann man sich tagsüber in der Einrichtung aufhalten? Oder nur zur Übernachtung?

Für eine nachhaltige Wirkung im Sinne einer Verbesserung der Lebenssituation der Nutzer/innen: Sorgen Sie nicht nur für ein Dach über dem Kopf, sondern auch eine umfassende, qualifizierte Sozialbetreuung. Planen sie demnach ergänzenden Maßnahmen, wie zum Beispiel:

- spezifische Förderungen für Familien in finanziellen Schwierigkeiten
- Maßnahmen zur Deckung der Grundversorgung mit Nahrung (Küche oder Nahrungsmittelausgabe)
- Unterstützung im Zugang zu medizinischen Leistungen, z.B. Beratung zu Krankenversicherungsmöglichkeiten, Erklärung des Gesundheitssystems, Kurse zur Stärkung der Gesundheitskompetenz
- Angebote wie Sprachkurse, Kochkurse, Beratung zu Haushaltsführung und Budgetplanung etc.
- Freizeitaktivitäten: Einrichtung eines Gemeinschaftsraumes, Lesematerialien, Internetzugang und PCs, Spiele, Sportmöglichkeiten etc.

4

SCHRITT Bauen Sie auf bestehenden Unterkünften auf und erweitern Sie diese

Koordinieren Sie bestehende Angebote, die Unterstützung für obdachlose Personen bieten. Besprechen Sie mit den Leistungserbringer/innen, welche Lücken im Angebot geschlossen werden sollten und wie dies am besten bewerkstelligt werden kann.

Tip: Bedenken Sie, dass Nachfrage und Bedürfnisse schwanken und rasche Anpassungen erforderlich sein können. Versuchen Sie, entsprechenden Spielraum vorzusehen, bspw. durch Reserveplätze, die bei Bedarf rasch aktiviert werden können.

RISIKEN UND HERAUSFORDERUNGEN

LÖSUNGSANSÄTZE

Die Nachfrage nach Plätzen in den Unterkünften übersteigt das Angebot

Versuchen Sie zusätzliche Abteilungen, Anbieter/innen und Fördergelder auszumachen, um die Zahl der Unterkünfte zu erhöhen.

Festzustellen, ob die Maßnahme den Bedürfnissen angemessen ist

Evaluieren Sie die Angebote regelmäßig durch Gespräche mit Anbieter/innen und Nutzer/innen. Nehmen Sie wenn nötig Anpassungen vor.

→ ZUGANG ZU WOHNRAUM

In diesem Abschnitt wird Diskriminierung im Zugang zu Wohnraum sowohl im öffentlichen wie auch im privaten Wohnungssektor diskutiert. Die Stadt wird in diesem Kapitel in ihrer Funktion als Dienstleisterin und als Regelungsinstanz behandelt. Verschiedene Methoden zur **Prävention** und **Beseitigung von Diskriminierung** werden vorgestellt, um **Gleichbehandlung** im Wohnungszugang zu erreichen.

Kontextfaktoren, die in diesem Zusammenhang bedacht werden müssen, sind die rechtlichen Möglichkeiten der Stadt, den Wohnungsmarkt zu beeinflussen und – damit verbunden – die Frage, ob der Wohnungsmarkt offen oder reguliert ist und ob starke oder schwache Preisregelungen vorliegen.

5

SCHRITT Bereiten Sie eine Studie zum Nachweis von Diskriminierung vor

Diskriminierung im Zugang zu Wohnraum wird von Betroffenen berichtet, von Wohnungsanbieter/innen aber häufig bestritten. Zur Vorbereitung von Maßnahmen ist es daher wichtig, einen klaren Nachweis von Diskriminierung am Wohnungsmarkt zu erbringen, um diese den städtischen Verantwortlichen und Akteur/innen des Wohnungsmarktes vorzulegen. Sogenanntes „Situation Testing“ ist eine bewährte Methode, Belege für Diskriminierung zu erlangen und ein erster Schritt, um das Bewusstsein für Diskriminierung zu steigern.

Bei „Situation Testing“ im Wohnungssektor melden sich zwei (fiktive) Personen als Interessent/innen für freie Wohnungen. Die Testpersonen sind sich möglichst ähnlich, unterscheiden sich jedoch in dem Merkmal, das sie testen möchten, z.B. der ethnischen Zugehörigkeit, Geschlecht, Alter, Behinderung, Religion etc. Wenn diese beiden Personen unterschiedlich behandelt werden, ist dies ein Hinweis auf Diskriminierung (näheres zur Methode siehe weiter unten). Die Ergebnisse können auch genutzt werden, um Druck auf die städtischen Akteur/innen zu erzeugen, bei Maßnahmen gegen Diskriminierung zu kooperieren.

Tipp: Finden Sie eine neutrale Partnerorganisation für die Studie. Beauftragen Sie eine Universität oder eine andere Forschungseinrichtung zu einem „Situation Testing“ am Wohnungsmarkt. Es ist nicht empfehlenswert, das „Situation Testing“ durch die Stadtverwaltung durchführen zu lassen, auch wenn kompetentes Personal zur Verfügung stünde und es kostengünstiger wäre. Das Thema ist politisch heikel und die Ergebnisse könnten in Frage gestellt werden, wenn sie nicht von externer, neutraler Seite bereitgestellt werden.

Es ist wichtig, dass die/der Bürgermeister/in und der/die Verantwortliche des Wohnungsressorts hinter der Vorgangsweise stehen bzw. zumindest den Auftrag dazu erteilen.

RISIKEN UND HERAUSFORDERUNGEN

Bürgermeister/in und politische Verantwortliche unterstützen das „Situation Testing“ nicht

LÖSUNGSANSÄTZE

Machen Sie klar, dass das Ziel des „Situation Testings“ nicht eine Schuldzuweisung an Vermieter/innen oder Vermittler/innen ist (dafür reicht ein einfaches „Situation Testing“ in der Regel nicht aus), sondern der Nachweis, dass Diskriminierung am Wohnungsmarkt vorkommt. Bieten Sie an, die Ergebnisse nur anonym zu publizieren (nur die Gesamtzahl und Verhältniszahlen von Vorfällen, ohne namentliche Nennung von Vermieter/innen, Wohnungsagenturen oder Immobilienbüros)

6

SCHRITT Wählen Sie die Methode der Studie

Es gibt verschiedene Methoden für ein „Situation Testing“. Sie können eine Methode wählen oder mehrere kombinieren.

„Situation Testing“ per Telefon: Eine Person mit fremdsprachigem Akzent ruft die Nummer einer Wohnungsanzeige und sagt: „Hi, mein Name ist Mohammed, kann ich diese Wohnung mieten?“ Eine andere Person mit lokalem Akzent ruft an und sagt: „Hi, mein Name ist [typischer örtlicher Name], kann ich diese Wohnung mieten?“ (Wenn Sie auch andere Gründe, bspw. Behinderung als Diskriminierungsgrund testen wollen, lassen Sie die Vergleichsperson fragen: „Ist die Wohnung barrierefrei?“ Oder: „Sind Blindenhunde erlaubt?“) Dokumentieren und vergleichen Sie die Antworten.

„Situation Testing“ per Mail: Senden Sie E-Mails aus, in denen Sie das Interesse an freien Wohnungen kundtun und um einen Besichtigungstermin fragen; unterschrieben Sie mit Namen, die auf verschiedene Herkunft schließen lassen. Dokumentieren Sie die Antworten oder das Ausbleiben von Antworten und vergleichen Sie.

„Situation Testing“ mit echten Testpersonen: In diesem Fall stehen hinter den Anrufen bzw. den E-Mails echte Personen, die in weiterer Folge Besichtigungstermine wahrnehmen. Auch hier werden die Reaktionen und Zu- und Absagen dokumentiert. Achtung: Diese Art des „Situation Testings“ wirft rechtliche Fragen auf, die sowohl den Test selbst als auch mögliche rechtliche Schritte im Fall von Diskriminierung der Testpersonen betreffen. Lassen Sie sich hier jedenfalls von Rechtsexpert/innen beraten, die Rechtslage dazu ist je nach Land verschieden.

7

SCHRITT Veröffentlichen Sie die Ergebnisse

Veröffentlichen Sie die Ergebnisse des „Situation Testings“ über lokale Medien. Seien Sie auf starke Reaktionen vorbereitet.

RISIKEN UND HERAUSFORDERUNGEN

LÖSUNGSANSÄTZE

Akteur/innen des Wohnungsmarktes, Immobilienmakler/innen und Politiker/innen verschiedener Parteien lehnen die Tests als eine Form der staatlichen Kontrolle ab.

Es braucht eine starke Überzeugung der politisch Verantwortlichen, um den städtischen Behörden die Beauftragung eines solchen „Situation Testings“ zu erlauben. Konfrontieren Sie die Gegner/innen mit den Testergebnissen, um zu zeigen, dass die Tests offenbar notwendig waren.

Sobald erste Ergebnisse veröffentlicht sind, ist den Immobilienmakler/innen bewusst, dass sie getestet werden könnten. Weitere Tests werden dadurch im Ergebnis verfälscht.

Machen Sie sich diese Umstände zu Nutzen: Kündigen Sie nach der Veröffentlichung der ersten, geheimen Tests eine zweite Testrunde an und informieren Sie alle Stakeholder darüber (z.B. über einen offiziellen Brief der Stadt). Vergleichen Sie die Ergebnisse der beiden Testrunden.

Die Richtigkeit der Ergebnisse wird von Vermieter/innen in Frage gestellt. Sie sagen, sie hätten eben eine Person ausgewählt, aber nicht die anderen benachteiligt.

Variieren Sie die Anfragen in den Tests. Erklären Sie, wie das Auswahlverhalten von Vermieter/innen von (oft unbewussten) Vorurteilen beeinflusst ist.

Die Nachfrage am Wohnungsmarkt ist größer als das Angebot, wodurch Diskriminierung leichter wird

Nach Möglichkeit Erhöhung des Angebots im öffentlichen Wohnbausektor.

8

SCHRITT Den Wohnungssektor einbinden

Um effiziente und nachhaltige Antidiskriminierungsstrategien im Zugang zu Wohnraum zu erarbeiten, brauchen Sie die Vertreter/innen des Wohnungssektors mit an Bord. Bemühen Sie sich um Bewusstseinsbildung und bieten Sie konkrete Handlungsalternativen an, wie Wohnungsvergabe diskriminierungsfrei gestaltet werden kann. Unterstützen Sie Interessierte dabei, ihre Vergabepraktiken zu analysieren und zu verändern.

Stakeholder im Wohnungssektor:

- Kommunales Wohnungsangebot
- Wohnraumvermittlungsagenturen
- Der Immobiliensektor und Immobilienmakler/innen
- Privatvermieter/innen
- Einzelpersonen, die von Diskriminierung potentiell betroffen sind (Mieter/innen, Käufer/innen)
- Bewohner/innen (Nachbar/innen)

Nehmen Sie Kontakt mit öffentlichen Stellen der Wohnungsvergabe/des Wohnbaus wie auch privaten Immobilienbüros auf. Beginnen Sie damit, Personen anzusprechen, die dem Thema grundsätzlich aufgeschlossen gegenüber stehen. Erklären Sie, dass das Ziel nicht in Schuldzuweisungen liegt, sondern darin, eine Verbesserung des Services für alle Kund/innen zu erreichen.

Tipp! Wenn sich aus dem „Situation Testing“ ableiten lässt, dass eine bestimmte Agentur nicht diskriminiert hat, beginnen Sie bei dieser und fragen Sie, ob sie eine Vorbildrolle übernehmen möchte.

RISIKEN UND HERAUSFORDERUNGEN**LÖSUNGSANSÄTZE**

Die Stakeholder bestreiten, dass Diskriminierung vorkommt.

Suchen Sie nach sachlichen Nachweisen: Statistiken und Vergleiche, die auf unterschiedliche Behandlung hinweisen, „Situation Testing“, Rechtsprechung, Fallgeschichten. Geben Sie Betroffenen die Möglichkeit, ihre Geschichte zu erzählen und arbeiten Sie mit lokalen Medien, um Fälle (anonymisiert!) zu veröffentlichen. Unterstützen Sie Antidiskriminierungsstellen in ihrer Arbeit.



RISIKEN UND HERAUSFORDERUNGEN

LÖSUNGSANSÄTZE

Das Thema betrifft eine ganze Reihe von Zielgruppen. Auf alle gleichzeitig einzugehen, ist nicht machbar.

Fokussieren Sie jedes Jahr auf eine bestimmte Zielgruppe.

Politiker/innen befürchten starken Widerstand am Wohnungssektor und in Teilen der Bevölkerung.

Der politische Wille kann durch rechtliche Verpflichtungen und/oder regionale/ nationale Antidiskriminierungsrichtlinien legitimiert werden. Um breitere Akzeptanz zu erreichen empfiehlt es sich, nicht nur einen sondern alle Diskriminierungsgründe zu adressieren (und damit eine breite Bevölkerung).

Wohnungsagenturen sind nicht interessiert an einer Zusammenarbeit. Sie empfinden das Vorgehen der Stadt als Eingriff in ihre Privatautonomie als Unternehmer/innen und sind erbost über das „Situation Testing“.

Zeigen Sie mit wissenschaftlichen Forschungsergebnissen und „Situation Testing“, dass Diskriminierung ein Problem im Wohnungssektor darstellt und dass etwas dagegen getan werden muss. Stützen Sie sich auf rechtliche Vorgaben oder, in Ermanglung entsprechender Rechtsgrundlagen, auf das öffentliche Image der Immobilienbüros und den Verlust potenzieller Kund/innen. Unterstützung und Druck von politischer Seite ist notwendig, um in Verhandlung mit dem Wohnungssektor zu kommen.

9

SCHRITT Informieren Sie über Diskriminierung

Laden Sie interessierte Vertreter/innen des Wohnungssektors zu einem Arbeitstreffen. Besprechen Sie mit ihnen, nach welchen Kriterien sie bei mehreren Interessent/innen für eine Wohnung die Entscheidung treffen.

Bieten Sie Immobilienmakler/innen Information zu Diskriminierung an und erklären Sie unmittelbare, mittelbare und strukturelle Diskriminierung sowie den Umstand, dass Diskriminierung nicht immer beabsichtigt sein muss (z.B. unbewusste Präferenzen aus Sympathie).

Antidiskriminierungsstellen können bewusstseinsbildende Aktivitäten durchführen und Wohnungsvermittlungsagenturen und Immobilienbüros über Nichtdiskriminierungsrecht informieren.

Versuchen Sie, verständlich zu machen, wie (unbewusste) Vorurteile oder Präferenzen die Auswahl von Mieter/innen beeinflussen und möglicherweise in Diskriminierung münden.

(Mehr Information über Antidiskriminierungsstellen und deren Aktivitäten finden Sie in dem Toolkit-Kapitel „Antidiskriminierungsstellen“.)

Tipp! Seien Sie sich dessen bewusst, dass der private Wohnungsmarkt einer anderen Logik folgt als der öffentlich-soziale Wohnbau. Im privaten Sektor stehen die ökonomischen Interessen im Vordergrund; sofern dieser Bereich vom Nichtdiskriminierungsrecht umfasst ist, sind Immobilienmakler/innen nichtsdestotrotz an Nichtdiskriminierung gebunden. Der öffentlich-soziale Wohnbau basiert stärker auf einem Solidaritäts- und Unterstützungsgedanken und die Vergabe der stadteigenen Wohnungen ist in der Regel an strengere Vorgaben gebunden als bei privaten Wohnungsvermittlungsagenturen.

10

SCHRITT Organisieren Sie eine erste Konferenz zum gegenseitigen Austausch

Organisieren Sie eine Konferenz, um Akteur/innen des Wohnungssektors mit Organisationen zusammenzubringen, die mit (potenziellen) Betroffenen arbeiten. Laden Sie geeignete Vortragende aus deren Reihen ein (z.B. Immobilienmakler/innen, Rechtsexpert/innen), einen Workshop zu diskriminierungsfreier Wohnungsvergabe/-vermittlung zu halten. Wählen Sie ein Konferenzformat, das nicht nur Information anbietet sondern auch den Austausch zwischen den Teilnehmenden anregt.

Engagierte Wohnungsvermittler/innen, NGOs etc. nutzen unter Umständen ähnliche Ansätze, ohne über die Aktivitäten der jeweils anderen Bescheid zu wissen. Sie zusammenzubringen lässt Synergie entstehen und fördert den Austausch hinsichtlich der Vorgehensweisen.

Wie motivieren Sie Vertreter/innen des Wohnungssektors zur Teilnahme an der Konferenz?

Nutzen Sie alle Kontakte und Netzwerke Ihrer und anderer Abteilungen, von Partner/innen, dem städtischen Wohnservices etc. Suchen Sie nach Personen, mit denen Sie in Kontakt waren oder von denen Sie gehört haben und fragen Sie diese für einen Workshop an; wenn die Person selbst nicht verfügbar ist, wird sie die Anfrage in der Regel an Interessierte weiterleiten. Kontaktieren Sie Personen, die sich schon gegen Diskriminierung aktiv gezeigt haben und/oder für einen Austausch und neue Anregungen offen sind. Nutzen Sie soziale Medien zur Verbreitung der Einladungen zur Konferenz.

11

SCHRITT Richten Sie einen Runden Tisch ein

Ein nachhaltiger Austausch gelingt über die Einrichtung eines regelmäßigen runden Tisches, an dem verschiedene Akteur/innen des Wohnungssektors teilnehmen, unterschiedliche Perspektiven kennenlernen und Ideen zu möglichen Maßnahmen gegen Diskriminierung am Wohnungssektor austauschen.

12

SCHRITT Besprechen Sie mögliche Maßnahmen gegen Diskriminierung im Wohnungssektor

Diskutieren Sie mit den Akteur/innen, die Sie für eine Kooperation gewonnen haben, welche Maßnahmen ergriffen werden könnten und was sie von der Stadt dafür benötigen würden. Verhandeln Sie eine Übereinkunft oder „**Charta**“ für **diskriminierungsfreien Zugang zu Wohnen**, in der die Kooperation und das Engagement festgehalten wird. Erstellen Sie eine Liste mit möglichen Maßnahmen, aus denen die Wohnungsvermittlungen und –anbieter/innen bestimmte Maßnahmen auswählen können, zu deren Umsetzung sie sich verpflichten. Von den teilnehmenden Städten wurden dafür folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

- Klar definierte, sachliche Kriterien für die Auswahl unter mehreren Wohnungsinteressent/innen, für mehr Transparenz
- Schulungen für Immobilienmakler/innen zu Nichtdiskriminierung
- Weiterbildung der Mitarbeiter/innen: Analyse der Arbeitsabläufe und Praktiken in der Wohnungsvergabe/-vermittlung, Coaching für Mitarbeiter/innen, Erstellung sachlicher Auswahlkriterien, Standardisierung von Auswahlprozessen
- Bewusstseinsbildende Aktivitäten zu Diskriminierung im Wohnungssektor
- Bessere Information für Personen auf Wohnungssuche über die Auswahlkriterien (dies betrifft hauptsächlich den öffentlich-sozialen Wohnungssektor)
- Verpflichtung zu unhabgängigen und unangekündigten „Situation Testings“

Ein Hauptziel ist es, die **Zustimmung zu unabhängigen und unangekündigten „Situation Testings“** zu erlangen. Bieten Sie an, dass die Getesteten als erste über die Ergebnisse informiert werden, sodass sie nicht von Veröffentlichungen überrascht werden. Empfehlen Sie die Kooperation mit einer lokalen Antidiskriminierungsstelle, die Personen, welche von Diskriminierung im Wohnsektor betroffen sind, unterstützt. Formulieren Sie eine Übereinkunft, die dem Sektor Verantwortung überträgt (bspw. welche Maßnahmen sie als Reaktion auf Testergebnisse ergreifen wollen), die aber auch die Möglichkeit offenlässt, durch die Veröffentlichung der Ergebnisse oder die Übergabe von Fällen an eine Antidiskriminierungsstelle Druck zu erzeugen.

13

SCHRITT Erschaffen Sie ein Qualitätssiegel für „diskriminierungsfreie Wohnungsvermittlung“

Gute Praxis soll sichtbar sein. Erstellen und designen Sie ein Qualitätssiegel, das Wohnungsagenturen erhalten, die sich zu den oben erwähnten Maßnahmen verpflichten und einem „Situation Testing“ zustimmen. Fördern Sie die Bekanntheit und Sichtbarkeit dieses Qualitätssiegels in der Öffentlichkeit, z.B. auf der Website der Stadt, in Fachzeitschriften, in lokalen Medien etc., um einen Anreiz zur Teilnahme für Wohnungsagenturen zu schaffen.

RISIKEN UND HERAUSFORDERUNGEN

LÖSUNGSANSÄTZE

Die Selbstverpflichtung der Immobilienmakler/innen zu erreichen

Ergebnisse aus „Situation Testings“ sind hier ein wichtiger erster Schritt. Immobilienagenturen und Makler/innen sind auf ihr Image bedacht.

Greifen Sie Vorschläge auf, die aus dem Sektor selbst kommen: die Chancen für Veränderung sind höher, wenn Maßnahmen selbst entwickelt anstatt auferlegt werden.

Unterstützen Sie Akteur/innen im Sektor, die sich gegen Diskriminierung engagieren, z.B. indem Sie diese als Expert/innen zu Veranstaltungen einladen, ihnen eine Fortbildung für ihre Mitarbeiter/innen anbieten o.Ä.

Einzelne Makler/innen haben rassistische Einstellungen und kümmern sich nicht um bewussts bildende Maßnahmen.

Wiederholen Sie „Situation Testings“ um diese Akteur/innen zu identifizieren und Beweise für Gerichtsverfahren zu sammeln.

Die regionale/nationale Gesetzgebung limitiert die Handlungsmöglichkeiten der Stadt.

Eine einfach umsetzbare Maßnahme ist die Verpflichtung der Vermieter/innen, den Miet- bzw. Kaufpreis in der Wohnungsanzeige anzugeben und die Nichteinhaltung mit einem Bußgeld zu ahnden.

Ökonomische Interessen und die Orientierung an Auftraggeber/innen (z.B. den Wünschen von Eigentümer/innen zu folgen, keine „ausländischen“ Mieter/innen zu vermitteln) sind stärker als das Bekenntnis zu Nichtdiskriminierung.

Stärken Sie das Qualitätssiegel, sodass es einen Einfluss auf das Unternehmensimage und einen Wiedererkennungswert am Wohnungsmarkt erlangt.

→ NICHTDISKRIMINIERUNGSGESETZE ZU WOHNEN

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen geben vor, in welchem Ausmaß Druck auf Wohnungsagenturen ausgeübt werden kann, in ihrer Arbeit nicht zu diskriminieren. Gibt es keine rechtlichen Grundlagen, um Diskriminierung am Wohnungsmarkt zu ahnden, kann nur über das öffentliche Image Druck auf die Wohnungsagenturen erzeugt werden.

Soweit Gleichbehandlungsrecht eine Angelegenheit der nationalen oder regionalen Ebene ist, kann eine Stadt die Sanktionen nicht eigenmächtig auf den Wohnungssektor ausdehnen. Hier kann eine Stadt nur Lobbying auf den zuständigen Ebenen für mehr kommunale Möglichkeiten betreiben. Nutzen Sie die gesammelten Hinweise aus dem „Situation Testing“ und den Sensibilisierungsmaßnahmen. Präsentieren Sie Ihre Stadt in einer Vorbildrolle, gegen Diskriminierung vorzugehen.

Die Antidiskriminierungsstelle kann Immobilienbüros mit Vorwürfen der Diskriminierung konfrontieren, selbst dann, wenn es keine gesetzliche Basis für eine Anzeige gibt und/oder das Opfer eine außergerichtliche Lösung bevorzugt.

→ UNTERSTÜTZUNG FÜR DISKRIMINIERUNGSOPIFER

Zusätzlich zur Unterstützung der Betroffenen von Diskriminierung über Antidiskriminierungsstellen (für nähere Informationen siehe Toolkit-Kapitel zu „Antidiskriminierungsstellen“), berichteten die teilnehmenden Städte von guten Erfahrungen mit einem sogenannten „Buddy-Projekt“. In dem Projekt werden Personen unterstützt, denen es schwerfällt, sich bei Makler/innen oder Eigentümer/innen zu präsentieren. Personen, die von Diskriminierung am Wohnungsmarkt besonders gefährdet sind - z.B. Minderjährige, die allein nach einer Wohnung suchen, Haftentlassene, Personen die von Sozialleistungen leben oder einer diskriminierten ethnischen Gruppe angehören - können individuelles Coaching nutzen, um auf die Gesprächssituation vorbereitet zu sein und sich mit mehr Selbstbewusstsein um eine Wohnung zu bewerben.

Die Interviewten berichteten darüberhinaus von guten Erfahrungen mit online-Plattformen und innovativen Projekten, die Vermieter/innen mit Wohnungssuchenden zusammenführen.

Alle Bewohner/innen der Stadt sind durch soziale Beziehungen (Nachbar/innen, Freund/innen, Kolleg/innen) mit einer Vielzahl an Personen verbunden und dadurch potenzielle Zeug/innen von Diskriminierung im Wohnungssektor. Unterstützen Sie daher Kampagnen lokaler Antidiskriminierungsstellen, um Information über Nichtdiskriminierungsrecht und die Unterstützungsangebote der Antidiskriminierungsstelle zu verbreiten. Unterstützen Sie die Gründung von Einrichtungen, die bei Nachbarschaftskonflikten intervenieren und Konfliktvermittlung anbieten.

RISIKEN UND HERAUSFORDERUNGEN

Projekte enden nach Auslauf der Förderungsfrist.

LÖSUNGSANSÄTZE

Bemühen Sie sich um ein Follow-up, zumindest in Form eines Austausches zwischen Kolleg/innen, die in das Projekt eingebunden waren. Besprechen Sie dabei, was gut und was weniger lief und was man daraus für zukünftige Projekte lernen kann.

Schaffen Sie beständige Strukturen, durch die Erreichung einer Antidiskriminierungsstelle, die Einrichtung eines Nachbarschaftsservices zur Konfliktvermittlung, etc.

→ GEWÄHRLEISTUNG GRUNDLEGENDER INFRASTRUKTUR UND MASSNAHMEN GEGEN SEGREGATION

In diesem Abschnitt geht es um die strukturelle Entwicklung sozial benachteiligter Nachbarschaften/Stadtteile. Es geht um angemessenes Wohnen im engen Sinn, aber auch um die Verfügbarkeit von Dienstleistungen, Gütern, Einrichtungen und Infrastruktur, die Leistbarkeit, Bewohnbarkeit sowie die Lage (Erreichbarkeit von Beschäftigung, Gesundheitsdiensten, Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen etc.). All diese Dimensionen sind vom Recht auf angemessenes Wohnen umfasst (Art 11 des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte).

Der vorgeschlagene Ansatz verbindet infrastrukturelle Entwicklung mit Sozialarbeit. Die Strategie soll der räumlichen Ausgrenzung von Bevölkerungsgruppen in desolaten Wohnbezirken entgegenwirken. Sie wird auf Stadtelebene umgesetzt und hat zum Ziel, die Lebensbedingungen zu verbessern sowie soziale Inklusion und aktive Teilhabe zu stärken. Daher ist ein zentrales Anliegen, die Bewohner/innen des Stadtteils (aus marginalisierten wie aus nicht-marginalisierten Gruppen) von Anfang an miteinzubeziehen. Erfahrene Stadtverwaltungen betonen die Unerlässlichkeit von Sozialarbeit als wesentliche Komponente jeglicher Maßnahmen. Sozialarbeiter/innen spielen auch eine wichtige Rolle dabei, Vertrauen in der Bevölkerung aufzubauen, was sich wiederum als wesentlicher Erfolgsfaktor erwiesen hat. Antidiskriminierungspolitik im Bereich inklusiver Nachbarschaftspolitik kann in umfassendere Programme zur Stadtteilentwicklung integriert werden, wie z. B. als Teil einer Neugestaltung und Wiederbelebung des urbanen Lebens.

→ Gewährleistung grundlegender Infrastruktur und Massnahmen gegen Segregation
Planung und Einbindung der relevanten Akteur/innen

Einschränkungen

Stadtteilprogramme dieser Art müssen auf einen bestimmten Stadtteil eingegrenzt werden, um die spezifischen Bedürfnisse adäquat erfassen zu können. Der Fokus auf ein bestimmtes Gebiet bedeutet gleichzeitig, angrenzende Gebiete aus dem Programm auszuschließen. Die Auswahl ist für diese Bewohner/innen mitunter nicht nachvollziehbar, was dazu führen kann, dass sie sich umso mehr von der Stadt vernachlässigt fühlen.

PLANUNG UND EINBINDUNG DER RELEVANTEN AKTEUR/INNEN

14

SCHRITT Bringen Sie die relevanten Akteur/innen zusammen

- Städtische Abteilungen, die thematisch bzw. für den betreffenden Stadtteil verantwortlich sind, abhängig von der Größe der Stadt und dem Umfang des Projekts
- Relevante öffentliche Einrichtungen: Beziehen Sie im Stadtteil aktive Einrichtungen mit ein, da sie direkten und täglichen Kontakt mit den Bewohner/innen haben und daher über deren Situation und Bedürfnisse Bescheid wissen. Schulen sind relevante Stakeholder, da sie anerkannte Einrichtungen sind und eine Schnittstelle zwischen Verwaltung und Bevölkerung bilden können. Politiken zur sozialen Inklusion, die von Städten als erfolgreich beschrieben wurden, kooperierten von Beginn an mit Schulen, weil sie wichtige Ideen einbringen können und über die Kinder auch die Eltern erreicht werden können
- Hinsichtlich infrastruktureller Entwicklung: Es wird empfohlen, Dienstleister/innen vor Ort einzubeziehen, z.B. jene Stelle bzw. jenes Unternehmen, das für Sanitäreinrichtungen wie öffentliche WCs, Waschegelegenheiten etc. zuständig ist
- Sozialarbeiter/innen und die Sozialen Dienste im Bezirk sind unbedingt von Beginn an beizuziehen
- Vertreter/innen ethnischer Minderheiten: Wenn die Stadtteilpolitik auch zum Abbau ethnischer Segregation beitragen soll, ist die Einbeziehung von Vertreter/innen ethnischer Minderheiten zwingend notwendig. Die Stadtteilbewohner/innen müssen aktiv an Maßnahmen teilnehmen können, und nicht nur deren Objekte darstellen.
- Andere relevante Stakeholder mit Erfahrung und Wissen zu sozialer Inklusion und Stadtplanung (z.B. Stadtplaner/innen, Architekt/innen etc.)
- Es wird empfohlen, Künstler/innen, die in dem Bezirk arbeiten, zu involvieren, da sie den Stadtplaner/innen helfen können, den Geist und das Flair des Viertels zu verstehen.

15

SCHRITT Führen Sie eine Bedarfserhebung durch

Die Bedarfserhebung dient dazu, die Ideen und Anliegen der Bevölkerung zu sammeln, um eine Politik zu gestalten, die tatsächlich Wirkung zeigt. Die Bedarfserhebung hilft dabei, die Gesamtstrategie sowie Maßnahmen für konkrete Zielgruppen zu entwerfen. Eine partizipative Erstellung fördert die Akzeptanz und die Mitwirkung der Bevölkerung.

Vorgeschlagene Methoden für eine Bedarfserhebung:

- Runde Tische mit wichtigen Akteur/innen des Stadtteils (Liste siehe oben), um lokale Anliegen zum Thema Wohnen zu identifizieren und zu diskutieren (z.B. verlassene Gebäude, fehlende öffentliche Infrastruktur, Probleme mit Energieversorgung, unsichere Orte etc.)
- ein „mapping“ des Stadtteils, das bestimmte Anliegen verortet (z.B. Orte, die als unsicher wahrgenommen werden)
- eine Umfrage unter der Bevölkerung im betreffenden Stadtteil
- Anfragen bei Organisationen und NGOs, die vor Ort tätig und in Kontakt mit den Bewohner/innen des Stadtteils sind

Tipp! Wenn die Bedarfserhebung zu viele Probleme aufzeigt, nehmen Sie sich zuerst die dringlichsten Themen vor und rücken Sie diese in den Fokus. Eine erfolgreiche Planung beruht auf einer gründlichen Bedarfserhebung und kann, nach Auskunft beteiligter Städte, bis zu zwei Jahre beanspruchen. Eine regelmäßige Wiederholung der Bedarfserhebung und entsprechende Anpassungen an die (sich ändernden) Bedürfnisse ist wesentlich für eine erfolgreiche Umsetzung.

16

SCHRITT Bilden Sie eine Leitungsgruppe

Entscheidung des Stadtparlaments

Es wird empfohlen, die Leitungsgruppe über eine Entscheidung des Stadtparlaments einzusetzen. Dies gibt der Leitungsgruppe mehr Macht und verhindert verwaltungsinterne Konflikte um die Befugnisse der Gruppe.

Legen Sie die Aufgaben und Mitglieder der Leitungsgruppe fest

Die Aufgaben der Leitungsgruppe sind die Kommunikation nach außen, Treffen mit den Stadtbewohner/innen, Organisation von spezifischen Arbeitsgruppen, Koordination von etwaigen Baumaßnahmen und Vermittlung zwischen unterschiedlichen Interessen.

Nominieren Sie eine/n Koordinator/in, die/der insbesondere die verwaltungsinterne Kommunikation übernimmt. Dies sollte ein/e Verwaltungsmitarbeiter/in sein, die fundierte Erfahrung in Projektmanagement und Stadtentwicklung hat. Diese Kompetenzen sind in der Umsetzung unerlässlich.

Benennen Sie die Mitarbeiter/innen in der Umsetzung

Idealerweise sollte für jede Aktivität – die auf Basis der Bedarfserhebung initiiert wird – eine Ansprechperson benannt werden. Diese Person ist verantwortlich für die Abwicklung, Einhaltung von Fristen und den Fortschritt „ihrer“ Maßnahme. Sie wird dabei von der Leitungsgruppe unterstützt.

→ Planung und Einbindung der relevanten Akteur/innen

RISIKEN UND HERAUSFORDERUNGEN

LÖSUNGSANSÄTZE

Herausforderungen aufgrund administrativer und bürokratischer Prozesse:

Eine positive Kosten-Nutzen-Bilanz der Politik ist schwer darzustellen, da ihre Ergebnisse oft nicht einfach messbar sind

Interne Kommunikation und Transparenz. Verwenden Sie Kosten-Nutzen Modelle, die die Vermeidung von Folgekosten mitkalkulieren. Formulieren Sie messbare Ziele und machen Sie Fortschritte und Erreichtes gut sichtbar.

Konfliktbehaftete Beziehungen zwischen verschiedenen Behörden beeinflussen die Entwicklung eines Konzepts

Ernennen Sie eine/n Koordinator/in in der Leitungsgruppe, die/der allgemein respektiert wird, die Verwaltungsstrukturen gut kennt und die Fähigkeiten hat, zu vermitteln.

Viele verschiedene Beteiligte mit unterschiedlichem Kommunikationsverhalten und verschiedenen fachspezifischen Perspektiven und Vorschlägen.

Der/die Koordinator/in legt Regeln für Kommunikation und Konfliktlösung im Rahmen des Projektes fest.

Herausforderungen aufgrund der Zielgruppe:

Hohe Mobilität in den betroffenen Stadtteilen, Bewohner/innen wechseln rasch

Herausforderungen aufgrund politischer und strategischer Interessen:

Die Angst, den politischen Konsens zu verlieren, lähmt innovative Integrationspolitik.

Aus politischer Sicht ist es notwendig, eine Balance zu finden zwischen dem Wunsch, die nationale Kultur zu bewahren und der Toleranz anderen Kulturen gegenüber, um friedliches Zusammenleben und sozialen Zusammenhalt zu gewährleisten.

Schärfen Sie das Bewusstsein unter Politiker/innen dafür, dass Migration kein neues Phänomen ist. Sogenannte „Migrant/innen“ sind mitunter seit langem im Land verwurzelt und es liegt an der Stadt, ihnen gleiche Chancen zu ermöglichen.

RISIKEN UND HERAUSFORDERUNGEN**LÖSUNGSANSÄTZE****Herausforderungen aufgrund der Einschränkung des Schwerpunkts:**

Der Schwerpunkt auf ein bestimmtes Stadtgebiet in der Stadtteilarbeit ist gleichzeitig immer ein Ausschluss umliegender Gebiete. Dies kann Spannungen und Neid hervorrufen.

Beziehen Sie die angrenzenden Gebiete wenn möglich mit ein, indem Sie deren Bewohner/innen die Nutzung der Angebote und Infrastruktur erlauben (z.B. Gemeinschaftseinrichtungen, Fördermöglichkeiten für Kinder). Denken Sie darüber nach, Folgeprojekte in diesen angrenzenden Bezirken umzusetzen.

KONZEPTENTWICKLUNG

17

SCHRITT Definieren Sie Ziele und konkrete Maßnahmen

Eine Stadtteilpolitik, wie hier vorgeschlagen, ist nur sinnvoll, wenn die Zielgruppe und örtliche Sozialarbeiter/innen von Beginn an in die Konzeptentwicklung miteinbezogen sind. Stadtteilarbeit variiert in ihrer Reichweite: Sie kann ganze Stadtteile umfassen, Vorstadtgebiete oder einzelne Wohnsiedlungen.

Die Ziele sollten aus der Bedarfserhebung (siehe oben) abgeleitet werden. Konkrete Maßnahmen, um diese Ziele zu erreichen, müssen im Rahmen der städtischen Befugnisse formuliert werden.

Nutzen Sie Kontakte zur Zielgruppe, die während der Phase der Bedarfserhebung entstanden sind, um jeden Baustein des Konzepts zu diskutieren. Ein partizipativer Ansatz und eine bedarfsorientierte Entwicklung von Zielen und Maßnahmen, diese zu erreichen, sind sehr wichtig für die Akzeptanz der Politik. Berücksichtigen Sie Rahmenbedingungen, wie Arbeitslosigkeit, Wirtschaftslage oder Ausbildung. Es ist nicht nachhaltig, die Wohnungsinfrastruktur zu verbessern, wenn die Bewohner/innen dann nicht mehr für die Wohnkosten aufkommen können.

KONZEPT

Grundlegende Infrastruktur:

Ziel: Bereitstellung grundlegender sanitärer Infrastruktur und Energieversorgung für alle Stadtbewohner/innen, bspw. durch folgende Maßnahmen:

- Ausstattung jeder von der Stadt vermieteten Wohnung mit angemessenen Sanitäreinrichtungen (ohne dadurch die Kosten des Wohnens zu erhöhen)
- Sicherstellung einer adäquaten Energieversorgung und Heizung
- Beratung für Bewohner/innen zur Verhinderung/Bekämpfung von Schimmel, effizienter Energienutzung etc.

Physische Wohnumgebung:

Ziel: Anregung des nachbarschaftlichen Kontakts und der sozialen Integration und Unterstützung nachhaltiger urbaner Mobilität, bspw. durch folgende Maßnahmen:

- Grünräume und Erholungsorte im Stadtteil schaffen sowie Plätze, die Begegnung erlauben
- Identifikationselemente mit den Örtlichkeiten und Plätzen schaffen; sowohl für schon lange Ansässige wie für Neuzugezogene
- Entwicklung und Modernisierung von Stadtteil von einem physisch-räumlichen Standpunkt aus
- Den Anschluss an das öffentliche Verkehrsnetz verbessern
- Die Sicherheit durch bauliche Maßnahmen erhöhen (Schutz für Fußgänger/innen, bessere Straßenbeleuchtung, etc.)

Soziales Wohnumfeld:

Ziele: Verbessertes Image des Stadtteils, reges kulturelles und soziales Leben, bspw. durch die folgenden Maßnahmen:

- Bewohner/innen zur aktiven Teilhabe anregen (u.a. durch Einbeziehung in die Stadtteilarbeit)
- Aktives Einbeziehen von Mitgliedern aus marginalisierten Gruppen
- Funktionierende öffentliche Leistungen als Gegenmodell zu urbanem Niedergang
- Veränderung der Wahrnehmung des Stadtteils durch Bewohner/innen anderer Stadtteilen, durch Einladen in den Stadtteil, Berichterstattung über Initiativen im Stadtteil etc.
- Förderung einer großen Bandbreite an kulturellen Initiativen im Bezirk (Musik, traditionelles und zeitgenössisches Theater, Tanz, Kino etc.)

Wirtschaft und Arbeitsmarkt:

Ziel: Arbeitsmöglichkeiten und nachhaltige Investitionen fördern und Konkurrenzfähigkeit des Stadtteils stärken, bspw. mit folgenden Maßnahmen:

- Unterstützung von Investitionen in bzw. von Klein- und Mittelbetrieben
- Verbesserung der wirtschaftlichen Infrastruktur

- Förderung von Marketing-Kooperationen von örtlich tätigen Unternehmen
- Erhaltung der Beschäftigtenzahlen/von Arbeitsplätzen
- Maßnahmen zur Vermeidung von Schulabbruch
- Förderung und Anerkennung der Kompetenzen, die zuwandernde Personen mitbringen
- Kompetente Beratung zu Unternehmensgründung, wirtschaftliche Anreize für bestehende oder neu zu gründende Klein- und Kleinstunternehmen im Stadtteil

Ethnischer Segregation entgegenwirken:

Ziel: Soziale Inklusion ethnischer Minderheiten, die von Segregation, Verarmung und Ghettoisierung betroffen sind, bspw. durch folgende Maßnahmen:

- Bildung: Unterstützung und Förderung von Schüler/innen, um Schulabbruch zu verhindern; Angebot an Ausbildungs- und Lehrstellen für junge Menschen aus dem Stadtteil, über Kooperation mit dem Arbeitsamt/Arbeitsmarktbehörde.
- Anreize für Arbeitgeber/innen zur Arbeitsmarktintegration, bspw. durch Modelle wie: die öffentliche Hand finanziert das Gehalt einer Arbeitnehmerin/eines Arbeitnehmers für 6 Monate, der/die Arbeitgeber/in verpflichtet sich dafür, die Person für weitere 6 Monate zu behalten.
- Mobilitätsprogramme: Sofern die Vorgehensweise mit den Bewohner/innen abgesprochen ist und die Lösung aus Sicht der Bewohner/innen (!) in deren Interesse ist, kann der Umzug von Bewohner/innen desolater Gebäude in Ersatzwohnungen unterstützt werden.

Bedenken Sie in der Gestaltung baulicher Maßnahmen immer: Wer wird sie nutzen? Wann? Wie und wofür? Sind sie barrierefrei?

Marginalisierung betrifft in der Regel nicht nur die Wohnverhältnisse, sondern bedeutet umfassendere sozioökonomische Notlagen. Daher ist es wesentlich, Maßnahmen zur Verbesserung der baulichen Infrastruktur mit Sozialarbeit und Dienstleistungsangeboten zu kombinieren. Diese Angebote sind darauf ausgerichtet, die Lücken zu regulären städtischen Dienstleistungen zu überbrücken, da der Zugang zu diesen Leistungen für Bewohner/innen marginalisierter Wohngebiete häufig nur schwer möglich ist. Abhängig von den konkreten Bedürfnissen der angesprochenen Stadtteile kann das bspw. umfassen:

- mobile medizinische Betreuung vor Ort (Ärzte und medizinisches Personal, die kostenlose Gesundheitsuntersuchungen und Information zu Gesundheitsprävention anbieten)
- Kinderbetreuung
- Pflegeleistungen für ältere Menschen und Unterstützung für pflegende Angehörige
- Ausbildungsmöglichkeiten für Erwachsene mit geringer beruflicher Qualifikation
- Jugendarbeit, Streetwork
- Einrichtung eines Stadtteilzentrums, Jugendzentrums, etc.

Überlegen Sie gemeinsam mit allen Beteiligten und Bewohner/innen, wie Bewohner/innen des Stadtteils auf eine Art und Weise in die Umsetzung einbezogen werden können, die ihre Kompetenzen schätzt und erweitert. Bspw. kann die Renovierung eines Gebäudes oder bauliche Maßnahmen damit gekoppelt werden, Jugendlichen vor Ort Ausbildungsmöglichkeiten oder zumindest einen Einblick in die angewandten Berufe zu ermöglichen; der Ausbau des Stromnetzes kann mit Beratungen verbunden werden, wie man von einem Stromzähler den eigenen Energieverbrauch ablesen und wie man Energie sparen kann.

Behalten Sie in der Gestaltung der konkreten Maßnahmen immer das Ziel vor Augen, durch die Arbeit im ausgewählten Stadtteil zur sozialen Inklusion der dortigen Bewohner/innen beizutragen (und nicht etwa, benachteiligte Bewohner/innen aus dem Stadtteil hinauszudrängen).

Tipp! Schulen spielen in der Stadtteilentwicklung eine wichtige Rolle: Über die Schulen können Sie auch Zugang zur Bevölkerung finden, über die Lehrer/innen und Schüler/innen zu deren Eltern. Es wird daher empfohlen, Schulen in den betreffenden Stadtteilen in die Maßnahmen zu involvieren. Laden Sie Schulen zur Teilnahme an der Konzeptentwicklung und zur Ideenfindung zur Steigerung der Lebensqualität im Stadtteil ein. Entwickeln Sie Aktivitäten für die Zielgruppe der Schüler/innen, die auch deren Eltern einbeziehen. Lassen Sie die Schüler/innen an der Stadtteilpolitik teilhaben, bspw. über die Umsetzung von Schulprojekte, als Thema im Unterrichtsprogramm, etc.

UMSETZEN

18

SCHRITT Richten Sie ein Büro vor Ort ein

Öffnen Sie ein geeignetes und gut zugängliches Büro im Stadtteil. Die Leitungsgruppe sollte vor Ort präsent sein. Dies schafft Nähe und ermöglicht den Austausch aller im Projekt Beteiligten sowie der lokalen Bevölkerung.

Erfahrene Städte berichten, dass anfänglich vertrauensbildende Maßnahmen notwendig sind. In diesem Zusammenhang wird empfohlen, das Projektbüro länger geöffnet zu haben als die Schalter der Stadtverwaltung. Es sollte möglich sein, ohne vorherige Terminvereinbarung vorbeizukommen und mit Zuständigen ohne formelle Hürden sprechen zu können. Das schafft Vertrauen in der Bevölkerung.

Tipp! Organisieren Sie als Startschuss der Umsetzung ein Fest. Idealerweise lässt sich dieses Fest mit einer anderen Eröffnungsfeier verbinden, z.B. mit der Wiedereröffnung einer neu-renovierten Einrichtung im Stadtteil (in einer Stadt war das bspw. das örtliche Kino). Die Teilnahme des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin bei der Veranstaltung ist wichtig.

Binden Sie so viele Personen/Gruppen der lokalen Bevölkerung wie möglich ein. Gehen Sie auch auf jene zu, die bis jetzt von den formellen städtischen Systemen nicht erreicht wurden.

RISIKEN UND HERAUSFORDERUNGEN

Zu viel mediale Aufmerksamkeit kann ein Risiko für die Stadtteilmaßnahmen sein: die Medien befördern unter Umständen negative Meinungen und Ressentiments dagegen.

LÖSUNGSANSÄTZE

Investieren Sie in gute Öffentlichkeitsarbeit und Medienarbeit. Denken Sie über die Risiken nach und diskutieren Sie das Image der Maßnahmen in der Leitungsgruppe.



TÄGLICHE ARBEIT

19

SCHRITT Kommunikation und Koordination

Tägliche Koordination via Email und wöchentliche Teamtreffen der an der Umsetzung Beteiligten sind wesentlich. Die Treffen sollten Diskussionen und Feedback zu den Entwicklungen und Erfahrungen beinhalten; kontroverse Themen, die in der alltäglichen Arbeit aufkommen, sollten offen besprochen werden können. Die tägliche Kooperation wird durch die Leitungsgruppe oder, bei kleineren Maßnahmen, durch eine bestimmte Person sichergestellt – in jedem Fall sollten die Verantwortlichkeiten diesbezüglich klar vereinbart sein.

20

SCHRITT Beständiger Austausch mit der Zielgruppe sowie den Partner/innen

Nur der fortlaufende Austausch und die Einbindung der Zielgruppen bzw. Nutzer/innen der Maßnahmen schafft Vertrauen zwischen den Projektleitenden und der Bevölkerung und garantiert somit eine erfolgreiche Umsetzung. Wenden Sie sich an Sozialarbeiter/innen für den Kontakt mit der Zielgruppe und organisieren Sie regelmäßige Zusammenkünfte.

RISIKEN UND HERAUSFORDERUNGEN

LÖSUNGSANSÄTZE

Herausforderungen aufgrund administrativer und bürokratischer Prozesse:

Bewohner/innen haben Vorurteile gegenüber der Verwaltung (Bürokratie, langwierige Prozesse)

Versuchen Sie so flexibel wie möglich und für Bewohner/innen ansprechbar zu sein (auch über die üblichen Bürozeiten hinausgehend)

Herausforderungen aufgrund der Zielgruppen:

Widerstand von Bewohner/innen gegen die Maßnahmen

Halten Sie Treffen ab, um die Vorhaben zu erklären und entgegengesetzte Interessen zu verstehen. Nehmen Sie die Anliegen und Bedenken ernst.

Grundsätzlich werden negative Reaktionen der Bewohner/innen oft bereits durch transparente Kommunikation vonseiten der Stadt gemindert.

RISIKEN UND HERAUSFORDERUNGEN

LÖSUNGSANSÄTZE

Vandalismus an öffentlichem Eigentum

Bewusstseinsbildung und Sanktionen (e.g. die Täter/innen werden verpflichtet, den Schaden zu reparieren)

Die Nutzer/innen müssen sich auch an willkommene Veränderungen erst gewöhnen. z.B. Kinder, die in Wohnräumen ohne Bad oder Toilette aufwachsen oder aus Platzmangel mit der ganzen Familie in einem Raum schliefen, reagieren irritiert auf die veränderte Wohnsituation.

Sozialarbeiterische Vorbereitung und Begleitung sind hier essentiell. Alle Renovierungen und Veränderungen müssen vorab mit den Bewohner/innen abgesprochen werden, ob sie diese „Verbesserungen“ auch wünschen.

Insbesondere wenn es um den Wechsel in andere Wohnungen geht, wird empfohlen, ein eigenes Team aus Sozialarbeiter/innen allein für diese Begleitung zusammenzustellen.

(Infra-)Strukturelle Herausforderungen:

Begrenzte Ressourcen

Schaffen Sie den Rahmen und motivieren Sie Freiwillige zur Unterstützung. ABER: Freiwilligenarbeit kann nicht die politische Verantwortung für die Umsetzung öffentlicher Aufgaben ersetzen.

Verlassen Sie sich nicht zu sehr auf das Eigenengagement der Bewohner/innen.

DRANBLEIBEN

Insbesondere bei drittmittel-geförderten Projekten sind Anpassungen im Projektverlauf oft eingeschränkt. Jedoch auch wenn es nicht möglich ist, Ziele oder Aktivitäten zu ändern, kann die Art und Weise der Umsetzung an (sich ändernde) Begebenheiten angepasst werden. Dies ist notwendig, da Stadtteilprogramme viele Facetten sowie Teilnehmer/innen und Projektelemente haben. Im Laufe der Umsetzung ist mit nicht vorhersehbaren Situationen und Hindernissen zu rechnen, die einer flexiblen Lösungen bedürfen. Erfahrene Städte haben daraus folgende Lehren gezogen:

- Sprechen Sie regelmäßig mit den Bewohner/innen
- Sprechen Sie offen und bleiben Sie transparent gegenüber allen Beteiligten
- Setzen Sie kein zu knappes Zeitlimit für die Konzeptualisierung (5 Jahre wird als realistisch angegeben)

SCHLÜSSEL ZUM ERFOLG

- Professionalität und Erfahrung in Konzeption und Management (Projektmanagement und Ressourcenmanagement)
- Umfassendes Wissen über den betreffenden Stadtteil bei den an der Umsetzung Beteiligten
- Sozialarbeit vor Ort
- Teilhabe der Bevölkerung an den Aktivitäten und Maßnahmen
- Genug Zeit für Entwicklung und Umsetzung: 5 bis 7 Jahre ist realistisch (2 Jahre für die Vorbereitung, 2-3 Jahre für die Umsetzung, 1-2 Jahre für follow-up)
- Ein umfassendes Follow-up des Programms (Stadtteilpolitik erschöpft sich nicht in einmaligen Baumaßnahmen, die keiner Nachbetreuung bedürfen)
- Die Kompetenz, den Bedürfnissen der Bewohner/innen des Stadtteils Gehör zu schenken und negative Vorurteile bzw. Erzählungen über den Stadtteil hintanzustellen
- Ehrliche und transparente Beziehung zu den Stadtteilbewohner/innen

Schlüssel zum Erfolg ←
Wirkung und Ergebnis

- Einbeziehung der Bewohner/innen (inklusive der Kinder und Jugendlichen) von Beginn an
- Einbeziehung migrantischer, ethnischer und marginalisierter Gruppen
- Fortwährende Kommunikation und Kooperation
- Einbeziehung privater Akteur/innen vor Ort, wie Geschäfte, Vereine etc.
- Eine/n Bürgermeister/in (hochrangige/n Politiker/in), der/die überzeugt hinter dem Vorhaben steht

WIRKUNG UND ERGEBNIS

Eine Auswahl an Indikatoren, mit denen die Wirkung der Politikmaßnahmen gemessen werden kann:

- Die Anzahl der Personen, die Leistungen in Anspruch nehmen (Hinweis auf Akzeptanz)
- Die Anzahl (der Anteil) der Stadtteilbewohner/innen, die sich beteiligen
- Die Anzahl und Beschaffenheit neu geschaffener Einrichtungen/Anlagen im Stadtteil (z.B. ein öffentlicher Garten, ein Kino, eine Kunstgalerie)
- Die Nutzung von Einrichtungen, die im Rahmen des Programms geschaffen wurden
- Die Erhaltung geschaffener Einrichtungen/Baumaßnahmen, auch durch freiwilliges Engagement (e.g. Müllsammeln, Pflanzen gießen)
- Internationale Aufmerksamkeit und Sichtbarkeit des Stadtteilprogramms (Medienberichte)
- Das Image der Stadt (Medienberichte); Entwicklung des Tourismus durch Anzahl der Übernachtungen

RESSOURCEN UND BEISPIELE

Pécs (HU): Gegen Segregation in "I": Die Stadt beheimatet Roma, von denen viele sichtbar in unterschiedlichen segregierten Nachbarschaften leben. Die Kooperation zwischen Pécs und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) begann im Jahre 2011. Eines der bedeutendsten Ziele war die Erschließung konkreter, langfristiger und nachhaltiger Lösungen hinsichtlich der Unterkünfte für segregiert lebende Familien, welche die Anstrengungen der Stadtregierung diesbezüglich vervollkommen sollten. Eine große Herausforderung, die mitbedacht werden musste, war die Schuldenfalle, in die Familien in äußerster Armut und Exklusion fallen, wenn sie keine Lösung ihrer finanziellen Situation finden.

Turin (IT): Urban Barriera – Stadtentwicklungsprogramm (*Uni Padova*) (Italienisch, Englisch) „Urban Barriera“ ist ein Stadtentwicklungsprogramm, das die generelle Verbesserung des „Barriera di Milano“-Gebietes, einem historischen Viertel im nördlichen Teil Turins, zum Ziel hat. Im Kontext einer generellen Erneuerung und Wiederbelebung des urbanen Lebens forciert das Programm Veranstaltungen und Initiativen zur sozialen Inklusion und aktivem Bürgertum. Urban Barriera folgt dabei vier Interventionsachsen: einer physisch-umweltbezogenen Achse, einer hinsichtlich Wirtschaft und Erwerbstätigkeit, einer soziokulturellen Achse sowie sozialer Unterstützung durch starke Kommunikationsaktivität.

<http://www.comune.torino.it/urbanbarriera/>

<http://www.comune.torino.it/urbanbarriera/en/>

Gent (BE): ECCAR Action Plan (Englisch)

<https://stad.gent/sites/default/files/page/documents/ECCAR%2010%20points%20action%20plan%20City%20of%20Ghent%202015-2019.pdf>

Stad Gent – ECCAR Action Plan (Flemish)

https://stad.gent/sites/default/files/page/documents/20150324_DO_Actieplan%20Racismebestrijding%20ECCAR.pdf

Madrid (ES): Madrid Plan zu sozialer und interkultureller Koexistenz (Spanisch, Englisch)

<http://www.madrid.es/UnidadesDescentralizadas/Inmigracion/EspInformativos/MadridConvive/Present/Ficheros/ResumenESPA.PLAN%20Madrid-WEB-1.pdf>

<http://www.madrid.es/UnidadesDescentralizadas/Inmigracion/EspInformativos/MadridConvive/Present/Ficheros/ResumINGLES%20PLAN%20Madrid-WEB-1.pdf>

Villeurbanne (FR): Villeurbanne Plan zur Bekämpfung von Diskriminierung beim Wohnen (Französisch)

http://www.villeurbanne.fr/2013_plan_lutte_discriminations_logement.pdf

Graz (AT): Nachbarschaftsservice

Das Nachbarschaftsservice ist als Stelle zur kompetenten Konfliktberatung und –vermittlung bei Wohnraumkonflikten in Grazer Mehrparteienhäusern aktiv. Dabei bietet es telefonische aber auch persönliche Beratungsgespräche und bei Zustimmung aller Betroffenen auch Mediationen (Vermittlungsgespräche) an.

<http://www.friedensbuero-graz.at/cms/angebote/gute-nachbarschaft/#c460>

Warum ist es
notwendig?

Vorbereiten

Umsetzen

Dranbleiben

NOTIZEN

NOTIZEN

